



Treaty Series No. 56 (1959)

Exchange of Notes

between the Government of the
United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland
and the Government of Austria

regarding certain claims in connexion with Article 26
of the State Treaty for the re-establishment of an
independent and democratic Austria of
May 15, 1955

Vienna, May 8-15, 1959

*Presented to Parliament by the Secretary of State for Foreign Affairs
by Command of Her Majesty
June 1959*

LONDON
HER MAJESTY'S STATIONERY OFFICE
NINEPENCE NET

EXCHANGE OF NOTES BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE UNITED KINGDOM OF GREAT BRITAIN AND NORTHERN IRELAND AND THE GOVERNMENT OF AUSTRIA REGARDING CERTAIN CLAIMS IN CONNEXION WITH ARTICLE 26 OF THE STATE TREATY FOR THE RE-ESTABLISHMENT OF AN INDEPENDENT AND DEMOCRATIC AUSTRIA OF MAY 15, 1955

Vienna, May 8-15, 1959

No. 1

The Austrian Minister for Foreign Affairs to Her Majesty's Ambassador at Vienna

ZI. 258.436-VR/59

Exzellenz!

Wien, am 8. Mai 1959.

Ich erlaube mir, mich auf die Besprechungen zu beziehen, die zwischen Vertretern der österreichischen Bundesregierung und der Regierung des Vereinigten Königreiches über gewisse Typen und Kategorien von Forderungen stattfanden, die von der Regierung des Vereinigten Königreiches unter Berufung auf Artikel 26 des Staatsvertrages betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich vom 15. Mai 1955, im nachfolgenden als Staatsvertrag bezeichnet, vorgebracht wurden.

A.

Diese Besprechungen bezogen sich zunächst auf ein Aide Memoire der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika vom 18. Juni 1956, in dem die nachstehend angeführten Forderungstypen und Forderungskategorien behandelt sind:

- (1) Versorgungsansprüche
- (2) Versicherungspolizzen
- (3) Bankkonten
- (4) Diskriminierende Abgaben
- (5) Geldverluste
- (6) Hypotheken
- (7) Wertpapiere
- (8) Bestandrechte.

Ferner wurden noch folgende in der Zwischenzeit aufgetauchte Forderungstypen und Forderungskategorien erörtert:

- (9) Forderungen auf Entschädigung aus Rückstellungsanträgen auf Siedlungsliegenschaften gemäss Paragraph 23 Absatz 4 des Dritten Rückstellungsgesetzes (BG Bl. Nr. 54/1947).
- (10) Forderungen, die im Zusammenhang mit dem Kriegs- und Verfolgungssachschädengesetz (BG Bl. Nr. 127/1958) aus Artikel 26 Staatsvertrag abgeleitet werden.

Die österreichische Bundesregierung hat diesen Besprechungen zugrundegelegt, dass diese Punkte alle noch unbereinigten Typen und Kategorien von Forderungen gegen die Republik Österreich umfassen, die von Verfolgten, auf die sich Artikel 26 (1) Staatsvertrag bezieht (im nachfolgenden als "Verfolgte" bezeichnet), aus den einschlägigen Bestimmungen des Staatsvertrages abgeleitet und auf Grund ihrer Behauptung durch Verfolgte von der Regierung des Vereinigten Königreiches gegenüber der Republik Österreich vertreten werden könnten.

Forderungen der Kategorien (1) und (2) wurden bereits behandelt, wie aus den Verbalnoten der österreichischen Bundesregierung ZI. 537.991-VR/58 vom 15. April 1958 und ZI. 540.712-VR/58 vom 15. September 1958 hervorgeht.

Zusätzlich zu den in diesen Noten abgegebenen Zusicherungen ist die österreichische Bundesregierung bereit, zur Regelung der restlichen oben angeführten Typen und Kategorien von Forderungen nachstehende Massnahmen zu treffen, ohne dass hiedurch präjudizielle Folgerungen für den Rechtsstandpunkt der österreichischen Bundesregierung über die Auslegung der einschlägigen Bestimmungen des Staatsvertrages abgeleitet werden können.

I.—Pauschalsummen—Regelung

Errichtung eines Fonds mit einem Kapital im Gegenwert von sechs Millionen US-Dollar und zusätzlich einem Betrag von 10. v. H. hievon für Verwaltungskosten, aus dem, gemäss dem angeschlossenen Statutenentwurf, der auf Grund eines Vorschlages der Vertreter der Regierungen der Republik Frankreich, des Vereinigten Königreiches und der Vereinigten Staaten von Amerika einvernehmlich ausgearbeitet wurde, Zahlungen an physische Personen geleistet werden sollen. Zahlungen aus diesem Fonds sollen nicht auf Entschädigungen, auf die Verfolgte nach dem Kriegs- und Verfolgungs-sachschädengesetz Anspruch haben, angerechnet werden.

Die österreichische Bundesregierung erklärt, dass alle zur Errichtung des Fonds erforderlichen Gesetzesentwürfe den österreichischen gesetzgebenden Organen innerhalb von drei Monaten nach Empfang der in Abschnitt B dieser Note erwähnten Zusicherung vorgelegt werden.

Nach Massgabe des Bedarfes werden dem Fonds die oben erwähnten Beträge in folgender Weise zur Verfügung gestellt:

ab 1. Juli 1959	10 Millionen Schilling
ab 1. März 1960	20 " "
ab 1. Juni 1960	20 " "
ab 1. September 1960	20 " "
ab 1. Dezember 1960	20 " "
ab 1. März 1961	20 " "
ab 1. Juni 1961	20 " "
ab 1. September 1961	20 " "
ab 1. Dezember 1961	den noch verbleibenden Rest.

Die obenerwähnten Gesetzesentwürfe werden auch Nachstehendes vorsehen:

- (a) Der zu errichtende Fonds wird von allen bundesrechtlich geregelten Abgaben befreit werden. Die Abgabebefreiung wird sich jedoch nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb des Fonds erstrecken, der über den Rahmen einer Vermögensverwaltung hinausgeht. Aus dem Fonds geleistete Zahlungen werden bei den Empfängern nicht der Steuerpflicht unterliegen.
- (b) Durch die Errichtung des Fonds unmittelbar veranlasste Schriften werden von Stempel- und Rechtsgebühren sowie Bundesverwaltungsabgaben befreit werden. Der Fonds wird von der Entrichtung von Stempelgebühren hinsichtlich seines Schriftverkehrs mit den öffentlichen Behörden und Ämtern befreit werden.
- (c) Die österreichischen Behörden, bei denen sich Akten über die behauptete Schädigung befinden, werden zur Erteilung derjenigen Auskünfte an den Fonds verpflichtet werden, deren dieser zur Beurteilung der Frage bedarf, ob der Zuwendungswerber einen Schaden im Sinne der Fondsstatuten erlitten hat; die Behörden werden dieser Verpflichtung durch Einsichtgewährung in ihre Akten, Register und sonstigen Geschäftsbehelfe, insbesondere in die Akten der ehemaligen Vermögensverkehrsstelle, entsprechen können.

II.—*Landwirtschaftliche Liegenschaften*

Für den Fall, dass die über die Einzelfälle laufenden Vergleichsverhandlungen nicht zu befriedigenden Regelungen führen, wird die österreichische Bundesregierung den österreichischen gesetzgebenden Organen die Erlassung gesetzlicher Vorschriften vorschlagen, die im Sinne des Paragraph 23, Absatz 3 des Dritten Rückstellungsgesetzes eine angemessene Entschädigung jener Rückstellungswerber vorsehen, auf deren Ansprüche Paragraph 23, Absatz 4 des genannten Gesetzes Anwendung findet.

III.—*Kriegs- und Verfolgungssachschädengesetz*

Die österreichische Bundesregierung erklärt, dafür Sorge tragen zu wollen, dass sobald als möglich gesetzliche Vorschriften erlassen werden, denen zufolge Zahlungen des "Hilfsfonds für politisch Verfolgte, die ihren Wohnsitz und ständigen Aufenthalt im Ausland haben (Hilfsfonds)," nur mit 10 v.H. auf eine Entschädigung für Hausratschäden und mit 25 v.H. auf eine Entschädigung für Schäden an zur Berufsausübung erforderlichen Gegenständen angerechnet werden. Zahlungen unter Gruppe A oder B des "Hilfsfonds" werden auf Entschädigungen nach dem Kriegs- und Verfolgungssachschädengesetz nicht angerechnet werden.

IV.—*Bestandrechte*

In Einzelfällen, in denen ehemalige inhaber von Bestandrechten, die sie auf Grund von Verfolgungsmassnahmen verloren haben, nach Österreich zurückgekehrt sind und sich darum bemühen, in Österreich wieder einen ständigen Wohnsitz zu begründen oder sich in Österreich wieder geschäftlich oder beruflich niederzulassen, werden die österreichischen Behörden im Rahmen der ihnen zustehenden Möglichkeiten solche Bemühungen um die Erlangung von Bestandrechten für diese Zwecke unterstützen.

V.—Rückstellung erbloser oder nicht fristgerecht beanspruchter entzogener Vermögensschaften

Die österreichische Bundesregierung erklärt, dafür Sorge tragen zu wollen, dass in absehbarer Zeit gesetzliche Vorschriften über erblose oder nicht beanspruchte Vermögensschaften, gesetzliche Rechte und Interessen (Artikel 26 (2) Staatsvertrag) erlassen werden, worin vorgesehen wird, dass in Fällen, in denen ein Verfolgter es unterlassen hat, innerhalb der durch die österreichische Rückstellungsgesetzgebung vorgesehenen Fristen einen Rückstellungsanspruch auf Rückstellung von Vermögensschaften, gesetzlichen Rechten oder Interessen geltend zu machen, diesem Verfolgten oder seinem Rechtsnachfolger die Möglichkeit gegeben wird, im Sinne der österreichischen Rückstellungsgesetzgebung Befriedigung für seinen Anspruch zu erhalten, vorausgesetzt dass ein solcher Anspruch innerhalb von drei Monaten nach Empfang einer Aufforderung durch den Anspruchswerber, einen Anspruch geltend zu machen, oder in anderen Fällen innerhalb eines Jahres nach der Erlassung dieser gesetzlichen Vorschriften, geltend gemacht worden ist.

B

Die österreichische Bundesregierung erklärt sich bereit, die vorangeführten Massnahmen zu treffen, wenn sie von der Regierung des Vereinigten Königreiches die Zusicherung erhält,

- (a) dass die Regierung des Vereinigten Königreiches nach Errichtung des unter Punkt I vorgesehenen Fonds mit den im Entwurf angeschlossenen Statuten und nach Inkrafttreten der oben unter Punkt II—insoweit befriedigende Regelungen nicht erzielt werden—und unter den Punkten III und V angeführten gesetzlichen Massnahmen, weitere auf Artikel 26 des Staatsvertrages gestützte Forderungen von Verfolgten aus einer in der Zeit nach dem 13. März 1938 erfolgten Beschlagnahme, Sequestrierung, Konfiskation, Kontrolle oder zwangsweisen Übertragung von Vermögensschaften, gesetzlichen Rechten und Interessen in Österreich, die unter die im ersten und zweiten Absatz von Abschnitt A dieser Note angeführten Typen und Kategorien fallen, im diplomatischen Wege der österreichischen Bundesregierung gegenüber weder vorbringen noch unterstützen wird,
- (b) dass nach Wissen der Regierung des Vereinigten Königreiches die im ersten und zweiten Absatz von Abschnitt A dieser Note angeführten Forderungskategorien alle noch unbereinigten Kategorien von Forderungen auf Rückgabe oder Wiederherstellung von Vermögensschaften, gesetzlichen Rechten und Interessen von Verfolgten in Österreich umfassen, die in der Zeit nach dem 13. März 1938 beschlagnahmt, konfisziert, sequestriert, unter Kontrolle genommen oder zwangsweise übertragen wurden.

C

Nichts in dieser Note soll Ansprüche auf Grund des Abkommens vom 21. November 1956 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Österreich betreffend bestimmte auf Dollar lautende Obligationen (BG Bl. Nr. 215/1957), auf Grund des Wiener Memorandums vom 10. Mai 1955 oder auf Grund der österreichischen Zivilgesetzgebung und darauf beruhende diplomatische Vorstellungen berühren.

Genehmigen Sie, u.s.w.

LEOPOLD FIGL.

Your Excellency,

I take the liberty to make reference to the discussions which took place between representatives of the Austrian Federal Government and the Government of the United Kingdom concerning certain classes and categories of claims which were advanced by the Government of the United Kingdom with reference to Article 26 of the State Treaty for the Re-establishment of an Independent and Democratic Austria of May 15, 1955,⁽¹⁾ hereinafter called the State Treaty.

A.

These discussions related in the beginning to an Aide Mémoire of the Government of the United States of America dated June 18, 1956, which was concerned with the classes and categories of claims enumerated below:

- (i) pensions;
- (ii) insurance policies;
- (iii) bank accounts;
- (iv) discriminatory taxes and charges;
- (v) losses of money;
- (vi) mortgages;
- (vii) securities;
- (viii) tenancy rights.

In addition, the following classes and categories of claims, which have come up in the meantime, were also discussed:

- (ix) claims for compensation in connection with restitution claims for agricultural lands in accordance with Section 23, paragraph 4 of the Third Restitution Law (*Federal Law Gazette*, No. 54/1947);
- (x) claims derived from Article 26 of the State Treaty in connection with the War and Persecution Property Damage Law (*Federal Law Gazette* No. 127/1958).

The Austrian Federal Government based these discussions on the premise that these points comprise all outstanding classes and categories of claims against the Republic of Austria which may be derived by the persecutees referred to in Article 26 (1) of the State Treaty (hereinafter referred to as "persecutees") from the pertinent provisions of the State Treaty and may be made the subject of representations by the Government of the United Kingdom against the Republic of Austria on the basis of the allegation of such claims by persecutees.

Claims of categories (i) and (ii) have already been dealt with, as appears from the Notes Verbales of the Austrian Federal Government No. 537.991-VR/58 of April 15, 1958 and No. 540.712-VR/58 of September 15, 1958.

In addition to the assurances given in these notes the Austrian Federal Government is prepared to take the following measures in settlement of the

⁽¹⁾ "Treaty, Series No. 58 (1957)," Cmnd. 214.

remaining classes and categories of claims enumerated above, without prejudice to the legal position of the Austrian Federal Government regarding the interpretation of the pertinent provisions of the State Treaty.

I.—Lump Sum Settlement

Establishment of a Fund with a capital in the equivalent amount of 6 million U.S. dollars, and in addition an amount equal to 10 per cent. thereof for costs of administration, out of which payments are to be made to physical persons in accordance with the enclosed draft by-laws⁽²⁾, which were jointly prepared on the basis of a proposal of the representatives of the Governments of the Republic of France, the United Kingdom and the United States of America. Payments from this Fund will not be set off against compensation to which persecutees are entitled under the War and Persecution Property Damage Law.

The Austrian Federal Government declares that any legislation required for the establishment of the Fund will be presented to the Austrian legislative bodies not later than three months after the receipt of the assurance mentioned in section B of this note.

According to the requirements, the above mentioned amounts will be made available to the Fund in the following manner:

as of July 1, 1959	10 million schillings
as of March 1, 1960	20 million schillings
as of June 1, 1960	20 million schillings
as of September 1, 1960	20 million schillings
as of December 1, 1960	20 million schillings
as of March 1, 1961	20 million schillings
as of June 1, 1961	20 million schillings
as of September 1, 1961	20 million schillings
as of December 1, 1961	the balance

The aforesaid legislation will also contain the following provisions:

- (a) The Fund to be established shall be exempt from all taxes and charges regulated by Federal laws. However, such exemption from taxes and charges shall not extend to business operations of the Fund which exceed the scope of an administration of property. Payments made out of the Fund shall not constitute income on which the recipients are liable to pay taxes.
- (b) Documents caused directly by the establishment of the Fund shall be exempt from revenue stamp and legal fees and from federal administrative charges. The Fund shall be exempt from the payment of revenue stamp fees with respect to its correspondence with the public authorities and agencies.
- (c) The Austrian authorities which are in possession of files on the alleged loss shall be obliged to furnish to the Fund such information as the Fund needs to judge the question as to whether the applicant has suffered a loss within the meaning of the by-laws of the Fund: the authorities may fulfil this obligation by granting access to their files, registers and other records, in particular to the files of the former Vermögensverkehrsstelle.

(2) Not reproduced.

II.—*Agricultural Real Properties*

In the event that the current negotiations on the settlement of individual cases do not result in satisfactory settlements, the Austrian Federal Government will propose to the Austrian legislative bodies that they issue legal provisions providing for adequate compensation within the meaning of Section 23, paragraph 3 of the Third Restitution Law to those restitution claimants to whose claims Section 23, paragraph 4 of the said law is applicable.

III.—*War and Persecution Property Damage Law*

The Austrian Federal Government declares that it will see to it that as soon as possible legal provisions are enacted under which payments of the "Aid Fund for Political Persecutees Who Have Their Domicile and Permanent Residence Abroad" (Aid Fund) shall be set off against compensation for damage to household goods only to an extent of 10 per cent. of such payments, and against compensation for damage to equipment for the following of a trade or profession to an extent of 25 per cent. of such payments. Payments under Groups A or B of the "Aid Fund" shall not be set off against compensation under the War and Persecution Property Damage Law.

IV.—*Tenancy Rights*

In individual cases where former holders of tenancy rights, which they lost as a result of persecution measures, have returned to Austria and are making efforts to re-establish their permanent residence in Austria or to re-establish a business or profession in Austria, the Austrian authorities, within the possibilities at their disposal, will support such efforts to obtain tenancy rights for such purposes.

V.—*Restitution of Heirless or Unclaimed Expropriated Properties for which Claims were not filed within Time Limits*

The Austrian Federal Government declares that it will see to it that legislation concerning heirless or unclaimed properties, legal rights and interests (Article 26 (2) of the State Treaty) will be enacted within a reasonable time which will contain provisions to the effect that, in cases where a persecutee failed to file a restitution claim for the restitution of property, legal rights or interests within the time limits provided in the Austrian restitution legislation, such persecutee or his legal successor will be enabled to obtain satisfaction of his claim within the meaning of the Austrian restitution legislation providing such claim is filed within three months after receipt by the claimant of a request to file a claim or in other cases within one year after the enactment of such legislation.

B.

The Austrian Federal Government declares its willingness to take the above measures, if it is given the assurance by the Government of the United Kingdom,

- (a) that the Government of the United Kingdom after establishment of the Fund provided for under Point I with by-laws as set forth in the attached draft, and after the coming into force of the legislative

measures designated above under Point II—in so far as satisfactory settlements are not reached—and under Points III and V, will neither advance nor support through diplomatic channels against the Austrian Federal Government, any further claims of persecutees based on Article 26 of the State Treaty originating from the seizure, sequestration, confiscation, control or forced transfer of properties, legal rights and interests in Austria during the time after March 13, 1938 which come within the classes and categories enumerated in paragraphs (i) and (ii) of section A of this note.

- (b) That to the best of the knowledge of the Government of the United Kingdom, the categories of claims enumerated in paragraphs (i) and (ii) of section A of this note comprise all outstanding categories of claims for the restitution or restoration of properties, legal rights and interests of persecutees in Austria which were seized, confiscated, sequestered, taken under control or forcibly transferred during the time after March 13, 1938.

C.

Nothing in this note shall affect claims under the agreement of November 21, 1956 between the United States of America and Austria concerning certain bonds denominated in dollars (*Federal Law Gazette* 215/1957), under the Vienna Memorandum of May 10, 1955, or under Austrian civil legislation, and diplomatic representation based thereon.

I have &c.

LEOPOLD FIGL.

No. 2

Her Majesty's Ambassador at Vienna to the Austrian Minister for Foreign Affairs

British Embassy,

Vienna, May 15, 1959.

Monsieur le Ministre,

I have the honour to refer to your note Reference Number 21.258.436-VR/59 of the 8th of May, 1959, regarding the satisfaction of certain classes and categories of claims in connection with Article 26 of the State Treaty for the Re-establishment of an Independent and Democratic Austria of the 15th of May, 1955, which reads as follows:

[As in translation of No. 1]

In reply to your note I have the honour to inform you as follows:

1. My Government gives to the Austrian Federal Government the assurance requested in Section B of your note.

2. My Government has taken note that the Austrian Federal Government considers that the action which it has taken is without prejudice to its legal position regarding the interpretation of the pertinent provisions of the State Treaty.

For its part, my Government has requested me to confirm that the assurance which it is giving is likewise without prejudice to its position regarding the interpretation of the pertinent provisions of the State Treaty.

3. My Government also wishes to make clear that nothing in your note affects the provisions of the second sentence of paragraph 1, Article 26 of the State Treaty, in respect of any future measures.

4. My Government has instructed me to inform you in connection with your note on the settlement of the classes and categories of persecutee claims, that the individual claims set forth on the list attached hereto,⁽²⁾ which were asserted under Article 26 of the State Treaty, may be the subject of further communications from the Government of the United Kingdom to the Austrian Federal Government.

5. My Government has instructed me to advise you that it may approach the Austrian Federal Government in the future in connection with the settlement of individual claims asserted under Article 26 of the State Treaty which are not presently known to my Government and do not fall within the classes and categories of claims enumerated in paragraphs (i) and (ii) of Section A of your note.

I have &c.

JAMES BOWKER.

⁽²⁾ See Annex.

ANNEX

LIST OF INDIVIDUAL CLAIMS

1. City and General Enterprises Limited, London.
Claims in respect of
 - (a) Steinberg Naphta AG.
 - (b) Erdöl-Bohr und Verwertungs Ges. M.B.H.
 - (c) Gewerkschaft. Pionier.
2. Ernst and Richard Schwartz.
Claim in respect of a business in Innsbruck.
3. Hugo Schindler.
Claim in respect of business premises at Innsbruck, 29, Maria Theresienstrasse.
4. Else Strauss.
Claim to shares in Wiener Molderei.
5. M. Neuwirth.
Claim in respect of two shops at Vienna II, Praterstrasse and Ausstellungsstrasse.
6. Ruth Bertha Carola Epstein.
Claim in respect of a house and real estate at 37, Formanekgasse, Vienna XIV.
7. Valerie Lobell.
Claim against Messrs. Schenker and Co. in respect of a house and real estate in Vienna.
8. George David London.
Claim in respect of saw mill "Sollenav", Lower Austria.
9. Frederick Kary.
Claim in respect of real estate at Kottingburnn, Lower Austria.
10. H. I. Wolson.
Claim in respect of a factory at 39, Zieglergasse, Vienna VII.
11. Anita Simmonds.
Claim in respect of a share interest in Lenzinger Zellwolle und Papierfabrik AG.
12. Elisabeth Greyman.
Claim in respect of Sanatorium Breitenstein.
13. Jussuf Hurst.
Claim in respect of land in Lower Austria.
14. Ida Lucas.
Claim in respect of land in Lower Austria.
15. Frederic Josef Kien and Hedwig Spiegel.
Claim in respect of land in Vienna.

*The Austrian Minister for Foreign Affairs to Her Majesty's Ambassador
at Vienna*

Exzellenz!

Wien, am 22. Mai 1959.

Ich beehre mich, auf Ihre Note vom 15. Mai 1959, Nr. 1480 in Beantwortung meiner Note vom 8. Mai 1959, ZI. 258. 436-VR/59 Bezug zu nehmen.

Ich gestatte mir, im Namen der österreichischen Bundesregierung zu bestätigen, dass Ihre Note vom 15. Mai 1959 den Erfordernissen der in meiner Note vom 8. Mai 1959 verlangten Zusicherung entspricht.

Genehmigen Sie, u.s.w.

FIGL.

[Translation of No. 3]

Excellency:

Vienna, May 22, 1959.

I have the honour to refer to your note No. 1480 dated the 15th of May, 1959, in reply to my note No. ZI. 258. 436-VR/59 of the 8th of May, 1959.

I wish to confirm on behalf of the Austrian Federal Government that your note of the 15th of May, 1959, complies with the requirements for assurance set forth in my note of the 8th of May, 1959.

Accept, &c.

FIGL.